

	Stellungnahmen zur frühzeitigen Beteiligung	Behandlung der Stellungnahmen
I.	Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange	Frist vom 30.07.2021 – 30.08.2021
1.1	<p>Regionalverband Bodensee-Oberschwaben Hirschgraben 2 88214 Ravensburg</p> <p><u>Schreiben vom 18.08.2021</u></p> <p>das Vorhaben liegt nach Plansatz 3.3.5 des rechtskräftigen Regionalplanes (1996) in einem „Schutzbedürftigen Bereich für die Wasserwirtschaft“ in dem als zu beachtendes Ziel der Raumordnung im Sinne von § 1 Abs. 4 BauGB, der §§ 3 Abs. 1 Nr. 2 und § 4 Abs. 1 ROG sowie § 4 Abs. 1 und 4 LplG alle Vorhaben unzulässig sind, die die Nutzung der Grundwasservorkommen nach Menge, Beschaffenheit und Verfügbarkeit einschränken oder gefährden. Durch die Ausweisung des Wasserschutzgebietes „Kesselbrunnen/Kohlplatte“ (festgesetzt am 16.02.1987) sind die Vorgaben des Regionalplanes weiter konkretisiert, so dass die Vorgaben nach der Wasserschutzgebietsverordnung „Kesselbrunnen/Kohlplatte“ zu beachten sind (Schutzgebietszone III und IIIA). Sofern die Belange der Wasserwirtschaft Beachtung finden, bringt der Regionalverband hierzu keine Bedenken vor.</p> <p>Zudem sind die in Aufstellung befindlichen Ziele der Raumordnung der laufenden Gesamtfortschreibung des Regionalplans in der Abwägung oder Ermessensausübung bereits zu berücksichtigen (§ 4 Abs. 1 ROG). Bei der Verbandsversammlung am 25.06.2021 wurde der Satzungsbeschluss zur Gesamtfortschreibung des Regionalplans gefasst. Von dem Bebauungsplan „Großflächige Freiflächenphotovoltaikanlage im Gewann Zaisenholzäcker“ sind keine in Aufstellung befindlichen Ziele der Raumordnung des Fortschreibungsentwurfs betroffen.</p> <p>Darüber hinaus bringt der Regionalverband keine weiteren Anregungen und Bedenken vor.</p>	<p>Der Hinweis ist im Bebauungsplan unter Punkt 2.4 Grundwasserschutz bereits enthalten.</p> <p>BV: Wird zur Kenntnis genommen</p>
1.2	<p>Regierungspräsidium Tübingen Referat 21 Bauleitplanung Konrad-Adenauer-Straße 20 72072 Tübingen</p> <p><u>Schreiben vom 19.08.2021</u></p> <p><u>Belange der Raumordnung</u></p> <p>Mit dem vorliegenden Bebauungsplan beabsichtigt die Stadt Gammertingen, die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung einer Freiflächen-Photovoltaikanlage sowie der erforderlichen Nebenanlagen auf der Gemarkung Kettenacker zu schaffen.</p> <p>Im rechtswirksamen Flächennutzungsplan (FNP) ist das rund 15,6 ha große Vorhabengebiet (noch) als Fläche für die Landwirtschaft dargestellt. Das Verfahren zur Änderung in eine Sonderbaufläche Freiflächenphotovoltaikanlage ist bereits eingeleitet.</p>	

	Stellungnahmen zur frühzeitigen Beteiligung	Behandlung der Stellungnahmen
	<p>Wir nehmen Bezug auf unsere Stellungnahme vom 06.05.2021 (Az.: 21-11/2473.3-01.) zur 5. Änderung der 3. Gesamtfortschreibung des Flächennutzungsplans des Gemeindeverwaltungsverbandes Lauthertal.</p> <p>„...Die für das Vorhaben vorgesehene Fläche im Umfang von 15,6 ha ist von einem als „Ziel“ festgelegten „Schutzbedürftigen Bereich für die Wasserwirtschaft“ überlagert (Plansatz 3.3.5 des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben). Nach dieser Zielvorgabe sind alle Vorhaben unzulässig, die die Nutzung der Grundwasservorkommen nach Menge, Beschaffenheit und Verfügbarkeit einschränken oder gefährden. Der „Schutzbedürftige Bereich für die Wasserwirtschaft“ ist durch die Festsetzung des Wasserschutzgebiets „Kesselbrunnen/Kohlplatte“ konkretisiert. Bei Einhaltung der Vorgaben der entsprechenden Wasserschutzgebietsverordnung, werden keine Bedenken vorgebracht.“</p> <p>Weitere Anregungen oder Bedenken werden nicht vorgebracht.</p>	<p>Der Hinweis ist im Bebauungsplan unter Punkt 2.4 Grundwasserschutz bereits enthalten.</p> <p>BV: Wird zur Kenntnis genommen</p>
1.2.2	<p><u>Belange des Klimaschutzes</u></p> <p>Zu den Belangen des Klimaschutzes im Zusammenhang mit dem beantragten Vorhaben wird wie folgt Stellung genommen:</p> <p>(1) Unter Berücksichtigung der internationalen, europäischen und nationalen Klimaschutzziele und -maßnahmen sollen die Treibhausgasemissionen in Baden-Württemberg gemäß § 4 Klimaschutzgesetz Baden-Württemberg (KSG BW) bis zum Jahr 2030 um mindestens 42 Prozent gegenüber dem Stand von 1990 reduziert werden. Bis zum Jahr 2050 wird eine Minderung um 90 Prozent angestrebt. Für das Ziel bis 2030 wurden außerdem Sektorziele abgeleitet, die darstellen, welchen Beitrag die jeweiligen Sektoren leisten müssen, um das Gesamtreduktionsziel zu erreichen. Fachliche Grundlage des Klimaschutzziels für 2030 waren neben dem langfristigen Ziel für 2050 insbesondere die Ergebnisse und das sogenannte Zielszenario aus dem Forschungsvorhaben „Energie- und Klimaschutzziele 2030“¹. Die im Forschungsvorhaben enthaltenen Sektorziele sind Bestandteil des Beschlusses der Landesregierung vom 21. Mai 2019:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Private Haushalte -57 Prozent, - Gewerbe, Handel, Dienstleistungen -44 Prozent, - Verkehr -31 Prozent (ohne Berücksichtigung des Sonstigen Verkehrs), - Industrie (energiebedingt) -62 Prozent, - Industrie (prozessbedingt) -39 Prozent, - Stromerzeugung -31 Prozent, - Landwirtschaft -42 Prozent und - Abfall -88 Prozent. <p>Die Prozentzahlen der Sektorziele beziehen sich jeweils auf Treibhausgasminderungen gegenüber 1990. Die auf Basis der bestehenden Rahmenbedingungen abgeleiteten Sektorziele sind dabei als</p>	

¹ Forschungsvorhaben „Energie- und Klimaschutzziele 2030“, Stand September 2017: https://um.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-um/intern/Dateien/Dokumente/4_Klima/Klimaschutz/170928_Endbericht_Energie-und_Klimaschutzziele_2030.pdf.

	Stellungnahmen zur frühzeitigen Beteiligung	Behandlung der Stellungnahmen
	<p>Mindestanforderung für das Erreichen des gesetzlichen Ziels bis 2030 im Land zu verstehen.</p> <p>(2) Gemäß dem Klimaschutzgrundsatz in § 5 Satz 1 KSG BW kommt bei der Verwirklichung der Klimaschutzziele der Energieeinsparung, der effizienten Bereitstellung, Umwandlung, Nutzung und Speicherung von Energie sowie dem Ausbau erneuerbarer Energien besondere Bedeutung zu. Dies gilt gemäß § 5 Satz 2 KSG BW auch, wenn es sich im Einzelfall um geringe Beiträge zur Treibhausgasminderung handelt. Dass es für das Erreichen der Klimaschutzziele besonders auf die in § 5 Satz 1 KSG BW genannten Maßnahmen ankommt, ergibt sich aus dem Umstand, dass ca. 90 Prozent der Treibhausgasemissionen energiebedingt sind. § 5 Satz 2 KSG BW trägt der Tatsache Rechnung, dass der Beitrag einzelner Maßnahmen zum Klimaschutzziel verhältnismäßig klein sein kann. Die Klimaschutzziele können nur erreicht werden, wenn der Klimaschutz auf allen Ebenen engagiert vorangetrieben und konkrete Maßnahmen umgesetzt werden. Das KSG BW richtet sich daher mit einer allgemeinen Verpflichtung zum Klimaschutz an alle Bürgerinnen und Bürger sowie mit besonderen Regelungen an das Land, die Kommunen und die Wirtschaft.</p> <p>(3) Gemäß § 1 Absatz 3 Nummer 4 BNatSchG kommt dem Aufbau einer nachhaltigen Energieversorgung insbesondere durch zunehmende Nutzung erneuerbarer Energien auch im Rahmen der Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege zur dauerhaften Sicherung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts eine besondere Bedeutung zu. Die Nutzung erneuerbarer Energien beinhaltet also einen Beitrag zum nachhaltigen Umgang mit Naturgütern. Diese positive Wirkung des Klimaschutzes für den Naturschutz ist im Rahmen einer gegebenenfalls notwendigen Abwägung zwischen beiden Belangen ebenfalls zu berücksichtigen.</p> <p>(4) Um die Klimaschutzziele nach § 4 KSG BW zu erreichen, kommt es entsprechend des Zielszenarios aus dem Forschungsvorhaben „Energie- und Klimaschutzziele 2030“ wesentlich darauf an, dass zum einen im Vergleich zu 2010 bis 2030 rund 22 Prozent und bis 2050 noch rund 40 Prozent des Endenergieverbrauchs eingespart werden. Zum anderen ist entscheidend, den Anteil der erneuerbaren Energien am Endenergieverbrauch bis 2030 auf 31 Prozent und bis 2050 auf rund 80 Prozent auszubauen.</p> <p>(5) Bei der Stromerzeugung durch erneuerbare Energien bedarf es entsprechend des Zielszenarios aus dem Forschungsvorhaben „Energie- und Klimaschutzziele 2030“ einer Erhöhung des Anteils an der Bruttostromerzeugung von 31,5 Prozent im Jahr 2019² auf 56 Prozent im Jahr 2030. Bezogen auf die Potenziale in Baden-Württemberg kommt dabei dem Ausbau der Stromerzeugung durch Photovoltaikanlagen neben dem Ausbau der Windkraft eine</p>	

² Erneuerbare Energien in Baden-Württemberg 2019, Stand Oktober 2020: https://www.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-um/intern/Dateien/Dokumente/2_Presse_und_Service/Publikationen/Energie/Erneuerbare-Energien-2019-bf.pdf.

	Stellungnahmen zur frühzeitigen Beteiligung	Behandlung der Stellungnahmen
	<p>Schlüsselrolle zu. Der Anteil an der Bruttostromerzeugung soll entsprechend des Zielszenarios bis zum Jahr 2030 auf 18 Prozent anwachsen. Die installierte Erzeugungsleistung aus Photovoltaik wird im genannten Energieszenario für das Jahr 2030 in einer Größenordnung von rund 11.000 MW veranschlagt. Im Jahr 2019 betrug die installierte Erzeugungsleistung aus Photovoltaik in Baden-Württemberg 6.270 MW.</p> <p>(6) Legt man bei der Frage des Ausbaubedarfs für die Stromerzeugung durch Photovoltaik das Zielszenario zugrunde, so ist bis 2030 ein jährlicher Zubau von 400 bis 500 MW erforderlich. Der Großteil soll dabei durch Photovoltaikanlagen an Gebäuden erzeugt werden. Freiflächenanlagen spielen jedoch eine wichtige ergänzende Rolle. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) sieht als Standorte für Solarparks im Wesentlichen Konversionsflächen und Seitenrandstreifen entlang von Autobahnen und Schienenwegen vor. Mit der Freiflächenöffnungsverordnung (FFÖ-VO) hat Baden-Württemberg von der Länderöffnungsklausel auf Grundlage des Erneuerbare-Energien-Gesetz Gebrauch gemacht und Flächen für jährlich maximal 100 MW PV-Freiflächenanlagen auf Acker- und Grünland in benachteiligten landwirtschaftlichen Gebieten geöffnet. Somit sollen unter Ausnutzung der sehr guten solaren Einstrahlungswerte in Baden-Württemberg große Freiflächenanlagen im innerdeutschen Wettbewerb wettbewerbsfähig gemacht werden und damit zum Erreichen der Klimaschutzziele beitragen. Gleichzeitig soll eine übermäßige Beanspruchung von landwirtschaftlich oder naturschutzfachlich wertvollen Flächen verhindert werden.</p> <p>(7) Die photovoltaische Stromerzeugung erfolgt sehr emissionsarm. Unter Berücksichtigung des gesamten Lebenszyklus (Errichtung, Betrieb, Abbau) führt die Photovoltaiknutzung zu einer Treibhausgasminde- rung in einer Größenordnung von rund 627 g CO₂- Äquivalent je erzeugter Kilowattstunde Strom.</p> <p>(8) Die Lücke zwischen der voraussichtlich in Zukunft benötigten Strommenge und der mit der heute instal- lierten Leistung von Anlagen zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien erzielbaren Strommenge ist so groß, dass jede neue Anlage benötigt wird, um diese Lücke zu verkleinern. Dies gilt gerade auch mit Blick auf die Zubauentwicklung der vergangenen Jahre. Zusätzlich kommt es zum Erreichen der Kli- maschutzziele auf internationaler und nationaler Ebene sowie auf Landesebene außerdem auch da- rauf an, die Treibhausgasemissionen so früh wie möglich zu vermindern, da die kumulierte Menge der klimawirksamen Emissionen entscheidend für die Er- derwärmung ist.</p> <p>(9) Der geplante Standort liegt vollständig im benach- teiligten Gebiet und somit über die FFÖ-VO in der Förderkulisse des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes. Auch führt die Photovoltaiknutzung –wie oben be- schrieben- zu einer Treibhausgasminde- rung in einer Größenordnung von rund 627g CO₂-Äquivalent je er- zeugter Kilowattstunde Strom. Bei einer Leistung von</p>	

	Stellungnahmen zur frühzeitigen Beteiligung	Behandlung der Stellungnahmen
	<p>ca. 15 MWp könnten jährlich ca. 15.000.000 kWh Strom erzeugt werden, was einer Einsparung von ca. 9,4 Mio. Kilogramm CO₂-Äquivalent entsprechen würde.</p> <p>Mit einer geplanten Leistung von ca. 15 MWp trägt das beantragte Vorhaben deshalb zum Erreichen der Klimaschutzziele bei und sollte bei Vorliegen der übrigen Voraussetzungen genehmigt werden.</p> <p>Es wird gebeten, das Kompetenzzentrum Energie (per Mail an: KompetenzzentrumEnergie@rpt.bwl.de) über das Ergebnis des Verfahrens zeitnah zu informieren.</p>	BV: Wird zur Kenntnis genommen
1.2.3	<p><u>Landwirtschaft</u></p> <p>Es wird auf die Stellungnahme vom 06.05.2021 (Az.: 21-11/2473.3-01.) zur 5. Änderung der 3. Gesamtfortschreibung des Flächennutzungsplans des Gemeindeverwaltungsverbandes Laucherttal verwiesen.</p>	BV: Wird zur Kenntnis genommen
1.2.4	<p><u>Belange des Naturschutzes</u></p> <p>Eine abschließende Stellungnahme der HNB inwiefern durch die Planungen die von der HNB zu vertretenden Belange berührt sind, ist anhand der beigefügten Unterlagen nicht möglich.</p>	<p>Die Unterlagen zum Natur- und Artenschutz wurden zum Entwurf ergänzt.</p> <p>BV: Wird berücksichtigt</p>
1.2.5	<p><u>Belange des Boden- und Wasserschutzes</u></p> <p>Von Seiten des Referates 52 erfolgen keine Einwendungen.</p>	BV: Wird zur Kenntnis genommen
1.3	<p>Regierungspräsidium Freiburg Abteilung 9, Landesamt für Geologie Rohstoffe und Bergbau Albertstraße 5 79104 Freiburg</p> <p><u>Schreiben vom 25.08.2021</u></p> <p>B Stellungnahme Im Rahmen seiner fachlichen Zuständigkeit für geowissenschaftliche und bergbehördliche Belange äußert sich das Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau auf der Grundlage der ihm vorliegenden Unterlagen und seiner regionalen Kenntnisse zum Planungsvorhaben.</p> <p>1 Rechtliche Vorgaben aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die im Regelfall nicht überwunden werden können Keine</p> <p>2 Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den Plan berühren können, mit Angabe des Sachstandes Keine</p>	BV: Wird zur Kenntnis genommen
1.3.2	<p>3 Hinweise, Anregungen oder Bedenken <u>Geotechnik</u></p> <p>Das LGRB weist darauf hin, dass im Anhörungsverfahren des LGRB als Träger öffentlicher Belange keine fachtechnische Prüfung vorgelegter Gutachten oder von Auszügen daraus erfolgt. Sofern für das Plangebiet ein ingenieurgeologisches Übersichtsgutachten, Baugrundgutachten oder geotechnischer Bericht vorliegt, liegen die darin getroffenen Aussagen im Verantwortungsbereich des gutachtenden Ingenieurbüros.</p>	<p>Folgender Hinweis wird in den Schriftlichen Teil unter 2.5 Geotechnik ergänzt:</p>

	Stellungnahmen zur frühzeitigen Beteiligung	Behandlung der Stellungnahmen
	<p>Eine Zulässigkeit der geplanten Nutzung vorausgesetzt, wird andernfalls die Übernahme der folgenden geotechnischen Hinweise in den Bebauungsplan empfohlen:</p> <p>Das Plangebiet befindet sich auf Grundlage der am LGRB vorhandenen Geodaten im Verbreitungsbereich von Gesteinen des Unteren Massenkalks, die teilweise von Verwitterungs- und Umlagerungssedimenten überlagert werden.</p> <p>Mit einem oberflächennahen saisonalen Schwinden (bei Austrocknung) und Quellen (bei Wiederbefeuchtung) des tonigen/tonig-schluffigen Verwitterungsbodens ist zu rechnen.</p> <p>Im Bereich des Plangebietes sind in der Ingenieurgeologischen Gefahrenhinweiskarte von Baden-Württemberg Hinweispunkte für Verkarstungsstrukturen verzeichnet. Weitere Verkarstungserscheinungen (offene oder lehmerfüllte Spalten, Hohlräume, Dolinen) sind nicht auszuschließen.</p> <p>Sollte eine Versickerung der anfallenden Oberflächenwässer geplant bzw. wasserwirtschaftlich zulässig sein, wird auf das Arbeitsblatt DWA-A 138 (2005) verwiesen und im Einzelfall die Erstellung eines entsprechenden hydrologischen Versickerungsgutachtens empfohlen.</p> <p>Wegen der Gefahr der Ausspülung lehmerfüllter Spalten ist bei Anlage von Versickerungseinrichtungen auf ausreichenden Abstand zu Fundamenten zu achten.</p> <p>Bei etwaigen geotechnischen Fragen im Zuge der weiteren Planungen oder von Bauarbeiten (z. B. zum genauen Baugrundaufbau, zu Bodenkennwerten, zur Wahl und Tragfähigkeit des Gründungshorizonts, zum Grundwasser, zur Baugrubensicherung, bei Antreffen verkarstungsbedingter Fehlstellen wie z. B. offenen bzw. lehmerfüllten Spalten) werden objektbezogene Baugrunduntersuchungen gemäß DIN EN 1997-2 bzw. DIN 4020 durch ein privates Ingenieurbüro empfohlen.</p>	<p><i>Das Plangebiet befindet sich auf Grundlage der am LGRB vorhandenen Geodaten im Verbreitungsbereich von Gesteinen des Unteren Massenkalks, die teilweise von Verwitterungs- und Umlagerungssedimenten überlagert werden. Mit einem oberflächennahen saisonalen Schwinden (bei Austrocknung) und Quellen (bei Wiederbefeuchtung) des tonigen/tonig-schluffigen Verwitterungsbodens ist zu rechnen. Im Bereich des Plangebietes sind in der Ingenieurgeologischen Gefahrenhinweiskarte von Baden-Württemberg Hinweispunkte für Verkarstungsstrukturen verzeichnet. Weitere Verkarstungserscheinungen (offene oder lehmerfüllte Spalten, Hohlräume, Dolinen) sind nicht auszuschließen.</i></p> <p><i>Sollte eine Versickerung der anfallenden Oberflächenwässer geplant bzw. wasserwirtschaftlich zulässig sein, wird auf das Arbeitsblatt DWA-A 138 (2005) verwiesen und im Einzelfall die Erstellung eines entsprechenden hydrologischen Versickerungsgutachtens empfohlen. Wegen der Gefahr der Ausspülung lehmerfüllter Spalten ist bei Anlage von Versickerungseinrichtungen auf ausreichenden Abstand zu Fundamenten zu achten.</i></p> <p><i>Bei etwaigen geotechnischen Fragen im Zuge der weiteren Planungen oder von Bauarbeiten (z. B. zum genauen Baugrundaufbau, zu Bodenkennwerten, zur Wahl und Tragfähigkeit des Gründungshorizonts, zum Grundwasser, zur Baugrubensicherung, bei Antreffen verkarstungsbedingter Fehlstellen wie z. B. offenen bzw. lehmerfüllten Spalten) werden objektbezogene Baugrunduntersuchungen gemäß DIN EN 1997-2 bzw. DIN 4020 durch ein privates Ingenieurbüro empfohlen.</i></p> <p>BV: Wird berücksichtigt</p>
1.3.3	<p><u>Boden</u></p> <p>Zur Planung sind aus bodenkundlicher Sicht keine Hinweise, Anregungen oder Bedenken vorzutragen.</p>	<p>BV: Wird zur Kenntnis genommen</p>
1.3.4	<p><u>Mineralische Rohstoffe</u></p> <p>Zum Planungsvorhaben sind aus rohstoffgeologischer Sicht keine Hinweise, Anregungen oder Bedenken vorzubringen.</p>	<p>BV: Wird zur Kenntnis genommen</p>
1.3.5	<p><u>Grundwasser</u></p> <p>Auf die Lage innerhalb der Schutzzone IIIA des rechtskräftig abgegrenzten Wasserschutzgebiets WSG Kesselbrunnen / Kohlplatte (WSG. Nr.: 415 035) wird hingewiesen. Bei dem hier genutzten Grundwasserleiter handelt es sich um einen Karst-Kluftgrundwasserleiter. Demnach ist von einem komplizierten Fließgeschehen entlang von Klüften, Spalten und Hohlräumen auszugehen, wobei sehr hohe Grundwasserfließgeschwindigkeiten vorliegen können. Für solche Grundwasserleiter wurden für die Abgrenzung von Wasserschutzgebieten bzw. der jeweiligen Wasserschutzgebietszonen Ersatzkriterien definiert, die zu einer praktikablen Dimensionierung aber auch zu einem verminderten Schutz führen.</p>	

	Stellungnahmen zur frühzeitigen Beteiligung	Behandlung der Stellungnahmen
	Daraus folgt, dass bei Wasserschutzgebieten für Karstgrundwasserleiter auch von Bereichen innerhalb der Schutzzone III die Fließzeit des Grundwassers weniger als 50 Tage zu den Fassungen betragen kann.	BV: Wird zur Kenntnis genommen
1.3.6	<u>Bergbau</u> Die Planung liegt nicht in einem aktuellen Bergbaug Gebiet. Nach den beim Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau vorliegenden Unterlagen ist das Plangebiet nicht von Altbergbau oder Althohlräumen betroffen.	BV: Wird zur Kenntnis genommen
1.3.7	<u>Geotopschutz</u> Im Bereich der Planfläche sind Belange des geowissenschaftlichen Naturschutzes nicht tangiert.	BV: Wird zur Kenntnis genommen
1.3.8	<u>Allgemeine Hinweise</u> Die lokalen geologischen Untergrundverhältnisse können dem bestehenden Geologischen Kartenwerk, eine Übersicht über die am LGRB vorhandenen Bohrdaten der Homepage des LGRB (http://www.lgrb-bw.de) entnommen werden. Des Weiteren verweisen wir auf unser Geotop-Kataster, welches im Internet unter der Adresse http://lgrb-bw.de/geotourismus/geotope (Anwendung LGRB-Mapserver Geotop-Kataster) abgerufen werden kann.	BV: Wird zur Kenntnis genommen
1.4	Landratsamt Sigmaringen Koordinierungsstelle beim Fachbereich Baurecht Leopoldstraße 4 72488 Sigmaringen <u>Schreiben vom 23.08.2021</u> Zum Bebauungsplan „Großflächige Freiflächenphotovoltaikanlage im Gewann Zaisenholzäcker“ kann noch keine abschließende Stellungnahme abgegeben werden, da die Unterlagen – aufgrund der Anhörung im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung – noch nicht vollständig und noch nicht aussagekräftig sind. Um Vervollständigung der Unterlagen und um weitere Beteiligung im Verfahren wird gebeten.	Die Unterlagen wurden zum Entwurf ergänzt. BV: Wird berücksichtigt
1.4.1	<u>Wasserrecht</u> 1. Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (z. B. Transformatorenöl) Hinweis: Für den Umgang mit wassergefährdenden Stoffen nach § 62 WHG (z. B. Heizöl, Diesel etc.) ist die Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen -AwSV- vom 18.04.2017 in der jeweils gültigen Fassung zu beachten. 2. Grundwasserschutz Das Plangebiet befindet sich im Wasserschutzgebiet „Kesselbrunnen/Kohlplatte“, Zone IIIA. Die Festlegungen der Rechtsverordnung sind zu beachten.	Folgender Hinweis wird in den Schriftlichen Teil unter 2.4 Grundwasserschutz ergänzt: <i>Für den Umgang mit wassergefährdenden Stoffen nach § 62 WHG (z. B. Heizöl, Diesel etc.) ist die Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen -AwSV- vom 18.04.2017 in der jeweils gültigen Fassung zu beachten.</i> <i>Das Plangebiet befindet sich im Wasserschutzgebiet „Kesselbrunnen/Kohlplatte“, Zone IIIA.</i> <i>Die Festlegungen der Rechtsverordnung sind zu beachten.</i> BV: Wird berücksichtigt
1.4.2	<u>Bodenschutz</u> Den Ausführungen zum Einwirkungsgrad auf das Schutzgut Boden aus dem Umweltbericht kann zugestimmt werden. Der Kompensationsbedarf und die Kompensationswirkung ist nach dem Bewertungsmodell	

	Stellungnahmen zur frühzeitigen Beteiligung	Behandlung der Stellungnahmen
	<p>„Naturschutzrechtliche und bauplanungsrechtliche Eingriffsbeurteilung, Kompensationsbewertung und Ökokonten“ des Landkreises Sigmaringen beziehungsweise nach der Arbeitshilfe der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg „Das Schutzgut Boden in der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung“ zu berechnen und dem Umweltbericht im weiteren Verfahren beizufügen.</p> <p>Der Hinweis zum Oberbodenabtrag im Zusammenhang mit dem Denkmalschutz in Kapitel 2.2 schriftlicher Teil bezieht sich nach hiesigem Verständnis lediglich auf die Erschließungsbauwerke wie Trafostation etc. und kann somit so aufgeführt werden.</p>	<p>BV: Wird zur Kenntnis genommen</p>
1.4.3	<p><u>Abfall</u></p> <p>Hinweis: Anfallende Bauabfälle, Bauschutt und Abbruchmaterial müssen getrennt gesammelt und einer Verwertung zugeführt bzw. als Abfall entsorgt werden. Bei der Verwertung von mineralischen Reststoffen sind die Anforderungen der Verwaltungsvorschrift des Umweltministeriums für die Verwertung von als Abfall eingestuftem Bodenmaterial vom 14.03.2007 bzw. die vorläufigen Hinweise zum Einsatz von Baustoffrecyclingmaterial des damaligen Ministeriums für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg vom 13.04.2004 einzuhalten.</p> <p>Bei der Verwertung von humosem Bodenmaterial in der durchwurzelbaren Bodenschicht oder als Oberboden ist die Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) anzuwenden.</p>	<p>Folgender Hinweis wird in den Schriftlichen Teil unter 2.6 Abfall aufgenommen: <i>Anfallende Bauabfälle, Bauschutt und Abbruchmaterial müssen getrennt gesammelt und einer Verwertung zugeführt bzw. als Abfall entsorgt werden.</i> <i>Bei der Verwertung von mineralischen Reststoffen sind die Anforderungen der Verwaltungsvorschrift des Umweltministeriums für die Verwertung von als Abfall eingestuftem Bodenmaterial vom 14.03.2007 bzw. die vorläufigen Hinweise zum Einsatz von Baustoffrecyclingmaterial des damaligen Ministeriums für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg vom 13.04.2004 einzuhalten.</i> <i>Bei der Verwertung von humosem Bodenmaterial in der durchwurzelbaren Bodenschicht oder als Oberboden ist die Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) anzuwenden.</i></p> <p>BV: Wird berücksichtigt</p>
1.4.4	<p><u>Immissionsschutz</u></p> <p>Das Plangebiet befindet sich fernab von bebauten Gebieten, insbesondere schutzbedürftiger Wohnbebauung. Beeinträchtigungen und Störungen durch Lichtreflexionen sind nicht gegeben. Aus immissionsschutzrechtlicher Sicht bestehen deshalb keine Bedenken gegen die Planung.</p>	<p>BV: Wird zur Kenntnis genommen</p>
1.4.5	<p><u>Naturschutz</u></p> <p>Die eingereichten Unterlagen zur Beurteilung der Bauleitplanung sind – aufgrund der Anhörung im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung – noch nicht vollständig.</p> <p>Die Belange des Naturschutzes inkl. Umweltbericht sind im Rahmen von § 18 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG), § 1 Abs. 6 Nr. 7 Baugesetzbuch (BauGB), § 1a BauGB, § 2 Abs. 4 BauGB und § 2a BauGB in den Planunterlagen daher noch nicht ausreichend berücksichtigt und abgearbeitet.</p> <p>Die Eingriffs-/ Ausgleichsbilanzierung fehlt noch und auch die spezielle artenschutzrechtliche Prüfung ist noch nicht ausgearbeitet.</p> <p>Anmerkungen zu den bisherigen Unterlagen: Kap. 5.2.3 Der Einschätzung des Gutachters zur Betroffenheit der Fauna und Flora kann weitgehend gefolgt werden. Die Wachtel ist bis Juli aktiv, daher wäre die Erfassung bis dahin sinnvoll.</p>	<p>Die Unterlagen wurden zum Entwurf ergänzt.</p> <p>Die Unterlagen wurden zum Entwurf ergänzt.</p> <p>Die letzte Begehung zur Erfassung der Brutvögel erfolgte am 10.07.2021</p>

	Stellungnahmen zur frühzeitigen Beteiligung	Behandlung der Stellungnahmen
	<p>Kap. 6.2 Maßnahme 5A, 6A, 7A: Zur Herstellung mageren Grünlandes und magerer Säume sollte die Fläche zunächst vor der Aufstellung der Solarmodule ausgemagert werden. Dazu bietet sich der Anbau stark zehrender Pflanzenarten ohne eine Düngung auf der Fläche an. Eine nachträgliche Ausmagerung nach dem Aufstellen der Module ist wenig zielführend. Derzeit kann noch nicht nachvollzogen werden, wo die Maßnahmen konkret zum Liegen kommen, da dazu noch eine Plandarstellung fehlt. Diese sollte nachgereicht werden. Sinnvoll wäre hier eine ökologische Baubegleitung, die das ausführende Personal in die notwendigen Maßnahmen einweist und die Maßnahmen auch im Rahmen eines Monitorings auf die Zielerreichung hin überprüft. Die Ausführungen zur Relevanzbegehung bezüglich des Artenschutzes sind plausibel. Eine abschließende Stellungnahme der unteren Naturschutzbehörde kann erst dann abgegeben werden, wenn die Unterlagen vervollständigt wurden. Um Vervollständigung der Unterlagen und um weitere Beteiligung im Verfahren wird gebeten.</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Eine weitere Beteiligung am Verfahren erfolgt.</p> <p>BV: Wird berücksichtigt</p>
1.4.6	<p>Aufgrund von höchstrichterlicher Entscheidung (VGH Mannheim, Urteil vom 12.06.2012, Nr. 8 S 1337/10, bestätigt durch das Bundesverwaltungsgericht, Urteil vom 18.07.2012, Nr. 4 CN 3.12) sind folgende Positionen im Bauleitplanverfahren zu beachten: § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB verpflichtet die Gemeinden, die in den vorgenannten Stellungnahmen und Unterlagen behandelten Umweltthemen nach Themenblöcken zusammenzufassen und diese in der Auslegungsbekanntmachung schlagwortartig zu charakterisieren. Erforderlich ist eine Kurzfassung der vorhandenen Informationen. Das Bekanntmachungserfordernis erstreckt sich auch auf solche Arten verfügbarer Umweltinformationen, die in Stellungnahmen enthalten sind, die die Gemeinde für unwesentlich hält und deshalb nicht auszulegen beabsichtigt. Verstöße gegen § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB führen zur Unwirksamkeit des Bebauungsplanes. Ein pauschaler Hinweis auf den anhängenden Umweltbericht sowie eine bloße Auflistung der umweltbezogenen Stellungnahmen genügt diesen Anforderungen nicht. Nach Auffassung der Rechtsprechung ist die planende Gemeinde auf der „sicheren Seite“, wenn der Bekanntmachungstext einen zwar stichwortartigen aber vollständigen Überblick über diejenigen Umweltbelange ermöglicht, die aus der Sicht der zum Zeitpunkt der Auslegung vorliegenden Stellungnahmen und Unterlagen in der betreffenden Planung eine Rolle spielen. Die Pflicht einer schlagwortartigen Zusammenfassung und Charakterisierung von Umweltinformationen gilt nur im Regelverfahren. Im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB und im beschleunigten Verfahren, in denen von Umweltprüfung und Umweltbericht abgesehen wird, entfällt auch die Pflicht zur Angabe, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind.</p>	<p>BV: Wird zur Kenntnis genommen</p>
1.4.7	<p>Fachbereich Landwirtschaft (Frau Stock-de Oliveira Souza, 102-8631)</p>	

	Stellungnahmen zur frühzeitigen Beteiligung	Behandlung der Stellungnahmen
	<p>Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplans umfasst etwa 15 ha landwirtschaftlicher Flur in der Gemarkung Kettenacker.</p> <p>Parallel zur Aufstellung des Bebauungsplanes wurde auch die Änderung des Flächennutzungsplanes beantragt. Der Flächenumfang des Bebauungsplans ist identisch mit dem der der Flächennutzungsplanänderung.</p> <p>Die betroffenen Flächen sind für die landwirtschaftliche Nutzung besonders geeignet. Die Böden sind nach der Flurbilanz der Landwirtschaftsverwaltung Baden-Württemberg als Vorrangflächen II eingestuft und sollten demnach der landwirtschaftlichen Nutzung vorbehalten bleiben (www.flurbilanz.de).</p> <p>Bezogen zu Freiflächen-Photovoltaikanlagen verweisen wir des Weiteren auf die Planungshinweiskarte zu großflächigen Photovoltaikanlagen des Regionalverbands Bodensee-Oberschwaben. Auf der Planungshinweiskarte Nord liegt die geplante Fläche auf einem Gebiet, in dem die Errichtung einer PVA aufgrund landwirtschaftlicher Vorrangflur sowie ungünstiger Exposition nicht empfohlen wird.</p> <p>Nach der Freiflächenöffnungs-Verordnung (FFÖ-VO) vom 17. 03. 2017 ist eine Freiflächen-PV-Anlage grundsätzlich sowohl auf Acker als auch auf Grünland möglich, wenn nicht bestimmte öffentliche Belange beeinträchtigt werden und es sich nicht um beste Böden handelt oder andere landwirtschaftliche Belange gegen das Vorhaben sprechen.</p> <p>Die gesamte Gemarkung Gammertingens liegt im benachteiligten Gebiet und erfüllt damit die Voraussetzungen der Freiflächenöffnungs-Verordnung (FFÖ-VO).</p> <p>„Benachteiligtes Gebiet“ ist ein Gebiet im Sinn der Richtlinie 86/465/EWG des Rates vom 14. Juli 1986 betreffend das Gemeinschaftsverzeichnis der benachteiligten landwirtschaftlichen Gebiete im Sinne der Richtlinie 75/268/EWG (Deutschland) (ABl. L 273 vom 24.9.1986, S. 1), in der Fassung der Entscheidung 97/172/EG (ABl. L 72 vom 13.3.1997, S. 1).</p> <p>Im Landkreis Sigmaringen liegt allerdings der größte Teil der landwirtschaftlichen Nutzfläche im benachteiligten Gebiet. Grundsätzlich weisen wir darauf hin, dass diese Überplanung zu einer Verknappung der landwirtschaftlichen Fläche führt. Diese Verknappung kann das Pachtzinsniveau erhöhen und den betriebswirtschaftlichen Erfolg der Landwirtschaft vermindern. Laut der Freiflächenöffnungsverordnung –FFÖ-VO des UM ist die Flächenkonkurrenz zur landwirtschaftlichen Nutzung auf ein Mindestmaß zu beschränken.</p> <p>Laut den Planunterlagen werden die überplanten Grundstücke hauptsächlich vom Eigentümer selbst bewirtschaftet und Nutzungsverträge wurden bereits abgeschlossen.</p> <p>Der Fachbereich Landwirtschaft erhebt keine Einwände, bittet jedoch um Beachtung folgender Hinweise:</p> <p>Ausgleichsmaßnahmen</p> <p>Laut den Planunterlagen soll die Eingriffs-Ausgleichsbilanz nach Ökokonto-Verordnung (ÖKVO</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen.</p>

	Stellungnahmen zur frühzeitigen Beteiligung	Behandlung der Stellungnahmen
	<p>2010) und eine spezielle arten-schutzrechtlichen Prüfungen im Laufe des weiteren Verfahrens durchgeführt werden. Baurechtliche/naturschutzrechtliche Ausgleichsmaßnahmen sollten wenn möglich unbedingt innerhalb des Plangebiets erbracht werden. Laut § 15 Abs. 3 BNatSchG ist bei der Inanspruchnahme von land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen auf agrarstrukturelle Belange Rücksicht zu nehmen, insbesondere sind für die landwirtschaftliche Nutzung besonders geeignete Böden nur im notwendigen Umfang in Anspruch zu nehmen. Es ist vorrangig zu prüfen, ob der Ausgleich oder Ersatz auch durch Maßnahmen zur Entsiegelung, durch Maßnahmen zur Wiedervernetzung von Lebensräumen oder durch Bewirtschaftungs- oder Pflegemaßnahmen, die der dauerhaften Aufwertung des Naturhaushalts oder des Landschaftsbildes dienen, erbracht werden kann, um möglichst zu vermeiden, dass weitere Böden aus der Nutzung genommen werden. Des Weiteren wird auf § 15 Abs. 6 NatSchG verwiesen, der besagt, dass die Landwirtschaftsbehörde frühzeitig bei der Auswahl der Flächen zu beteiligen ist, falls für Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen landwirtschaftliche Nutzfläche in Anspruch genommen werden soll.</p> <p>Auswirkungen auf die angrenzende Landwirtschaft Die Photovoltaik-Freiflächenanlage ist so zu betreiben und zu pflegen, dass keine nachteiligen Auswirkungen auf benachbarte landwirtschaftlich genutzte Flächen entstehen.</p> <p>Auflagen zum Rückbau Im Bebauungsplan fehlen Auflagen zum Rückbau. Durch eine geeignete Auflage muss der Rückbau der PV Anlage nach 20-30 Jahren sichergestellt werden. Der Bebauungsplan ist aufzuheben und die Flächen sind in eine landwirtschaftliche Folgenutzung zu überführen. Das bedeutet, die Flächen müssen nach dem Anlagenrückbau oder bei Nichtrealisierung wieder in den Ausgangszustand vor dem Eingriff überführt werden (inkl. Rekultivierungsmaßnahmen) und ohne Bewirtschaftungsauflagen weiter landwirtschaftlich nutzbar sein.</p>	<p>Baurechtliche/naturschutzrechtliche Ausgleichsmaßnahmen werden vollständig innerhalb des Plangebietes stattfinden.</p> <p>Artenschutzrechtliche Ausgleichsmaßnahmen (Feldlerche, Brachestreifen) müssen außerhalb des Plangebietes stattfinden. Diese finden auf den Flst. Nr. 933 und 934 Stadt Trochtelfingen, Gemarkung Wilsingen statt. Mit den Eigentümern ist diese Maßnahme abgestimmt. In den Randbereichen zu den Nachbargrundstücken darf weiterhin gedüngt werden, so dass keine Beeinträchtigung der Nachbargrundstücke stattfindet.</p> <p>Der Hinweis zur angrenzenden Landwirtschaft ist im Bebauungsplan unter 2.3 bereits enthalten.</p> <p>Da es sich um keinen vorhabenbezogenen Bebauungsplan nach § 12 BauGB, sondern um einen „Angebotsbebauungsplan“ nach § 30 BauGB, kann der Bebauungsplan nur die nach Baugesetzbuch möglichen Festsetzungen treffen. Die planungsrechtliche Grundlage der Rückbauverpflichtung kann in einem „Angebotsbebauungsplan“ nur nach § 9 (2) 2 BauGB getroffen werden. Detailliertere Festsetzungen können auf der Grundlage nicht geschaffen werden.</p> <p>Selbstverständlich obliegt es der Stadt bzw. im Baugenehmigungsverfahren der Baurechtsbehörde hier in einem städtebaulichen Vertrag zusätzliche Details zu regeln.</p> <p>Die Rückbauverpflichtung wird im Schriftlichen Teil unter Punkt 1.7 Eintritt bestimmter Umstände festgesetzt. Weitere Festsetzungen</p> <p>BV: Wird berücksichtigt</p>
1.4.8	<p>Fachbereich Forst (Herr Kopp, 102-2500)</p> <p>Der gesetzliche Mindestabstand zwischen Bebauung und dem östlich als auch südwestlich angrenzenden Wald wird eingehalten. Im vorliegenden Planentwurf ist hierzu ein Grünstreifen von 27 m Breite („PFG1“) vorgesehen. Zusammen mit der Breite der Wege ergibt dies einen rechnerischen Mindestabstand von 30 m zur Waldkante gemäß §4 LBO. Die im Plan eingezeichnete Baugrenze als auch der Plan der</p>	

	Stellungnahmen zur frühzeitigen Beteiligung	Behandlung der Stellungnahmen
	Zaunanlage schließen „PFG1“ nicht mit ein. Bei planmäßiger Umsetzung sind somit keine Einschränkungen in Waldbewirtschaftung zu befürchten.	BV: Wird zur Kenntnis genommen
1.4.9	Fachbereich Straßenbau (Frau Rumpel, 102-8700) Das Plangebiet liegt außerhalb von Kreisstraßen. Die straßenrechtlichen und straßenbaulichen Belange des Fachbereichs Straßenbau sind nicht betroffen.	BV: Wird zur Kenntnis genommen
1.4.10	1. Straßenverkehrsbehörde (Frau Straub, 102-6344) Hinweis: Straßen/Wege welche nur für land- und forstwirtschaftlichen Verkehr freigegeben sind, können für die Andienung der Photovoltaikanlage nicht genutzt werden.	BV: Wird zur Kenntnis genommen
1.4.11	Fachbereich Vermessung und Flurneuordnung (Herr Engelmann, 102-3200) Die Belange der unteren Vermessungsbehörde sind nicht betroffen.	BV: Wird zur Kenntnis genommen
1.4.12	Dies ist eine koordinierte Stellungnahme der vorgenannten Fachbereiche. Die Angaben wurden auf Plausibilität geprüft. Eine vorweggezogene Abwägung hat nicht stattgefunden. Eine Abarbeitung und Abwägung im kommunalen Gremium ist zu jeder einzelnen Position notwendig. Ich darf Sie bitten, nach Beratung der öffentlich-rechtlichen Belange dem Fachbereich Baurecht und dem Fachbereich Umwelt und Arbeitsschutz in jedem Fall je ein Abwägungsprotokoll zu übersenden.	BV: Wird berücksichtigt
1.5	Polizeipräsidium Konstanz, Führungs-Sachbereich Verkehr Benediktinerplatz 3 78467 Konstanz <u>Kein Rücklauf</u>	
1.6	Industrie- und Handelskammer Bodensee-Oberschwaben Lindenstraße 2 88250 Weingarten <u>Schreiben vom 27.07.2021</u> wir bedanken uns für die Beteiligung am oben genannten Planungsverfahren und teilen Ihnen mit, dass von Seiten der Industrie- und Handelskammer keine Bedenken bestehen.	BV: Wird zur Kenntnis genommen
1.7	Handwerkskammer Reutlingen Hindenburgstraße 58 72762 Reutlingen <u>Schreiben vom 12.08.2021</u> vielen Dank für die Beteiligung an diesem Bebauungsplanverfahren der Stadt Gammertingen. Die Belange des Handwerks werden durch diese Planung nicht berührt. Aus Sicht der Handwerkskammer Reutlingen bestehen keine Bedenken. Das Rückantwortschreiben erhalten Sie im Anhang. Wir wurden nach § 4 (1) BauGB am Bauleitplanverfahren beteiligt. Eine weitere Beteiligung als Träger öffentlicher Belange ist nicht erforderlich.	Eine weitere Beteiligung am Verfahren findet nicht statt. BV: Wird berücksichtigt

	Stellungnahmen zur frühzeitigen Beteiligung	Behandlung der Stellungnahmen
1.8	Unitymedia Postfach 10 20 28 34020 Kassel <u>Kein Rücklauf</u>	
1.9	EnBW Regional AG Regionalzentrum Neckar-Franken Meisterhausstraße 11 74613 Öhringen <u>Kein Rücklauf</u>	
1.10	Netze BW GmbH Postfach 12 58 88396 Biberach <u>Kein Rücklauf</u>	
1.11	Deutsche Telekom Technik-GmbH Adolph-Kolping-Straße 2-4 78166 Donaueschingen <u>Schreiben vom 24.08.2021</u> wir danken für die Zusendung der Unterlagen zum Planverfahren Großflächige Freiflächenphotovoltaikanlage im Gewann Zaisenholzäcker. Gegen die Aufstellung des Bebauungsplanes haben wir keine Einwände, möchten jedoch auf folgendes hinweisen: im Planbereich befinden sich großräumig keine Telekommunikationslinien der Telekom, wie aus beigefügtem Plan ersichtlich wird (Plan erscheint leer). Je nach Bedarf des geplanten Bauprojektes sind mehr oder weniger Telekommunikationsinfrastruktur notwendig. Günstigenfalls ist nur eine Hauszuführung notwendig, die vom Bauherren bei unserem Bauherrenservice zu beantragen ist. Der/die Bauherren mögen sich bitte rechtzeitig vor Baubeginn über unser Internetportal des Bauherrenservice oder unserem Eingangstor für die Hauszuführungen melden. Die Kontaktdaten lauten: Tel. +49 800 3301903 Web: https://www.telekom.de/bauherren	BV: Wird zur Kenntnis genommen
1.12	Deutsche Telekom Netzproduktion GmbH Karlstraße 84 72766 Reutlingen <u>Kein Rücklauf</u>	
1.13	E-Plus Service GmbH E-Plus-Straße 1 40472 Düsseldorf <u>Kein Rücklauf</u>	
1.14	Vodafone GmbH Ferdinand-Braun-Platz 1 40549 Düsseldorf <u>Schreiben vom 25.08.2021</u>	

	Stellungnahmen zur frühzeitigen Beteiligung	Behandlung der Stellungnahmen
	Gegen die o. a. Planung haben wir keine Einwände. Eigene Arbeiten oder Mitverlegungen sind nicht geplant.	BV: Wird zur Kenntnis genommen
1.15	<p>Telekom BekA Trassenschutz Ziegelleite 2-4 95448 Bayreuth</p> <p><u>Schreiben vom 06.08.2021</u></p> <p>Durch das markierte Planungsgebiet bei Kettenacker verläuft kein Richtfunk. Daher haben wir bezüglich unseres Richtfunks keine Einwände oder spezielle Planungsvorgaben. Die Telekom hat auch bei der Fa. Ericsson Services GmbH weitere Verbindungen angemietet. Die Daten dieser Strecken stehen uns leider nicht zur Verfügung.</p>	BV: Wird zur Kenntnis genommen
1.16	<p>HZL Direktion Hechingen Bahnhofstraße 21 72379 Hechingen</p> <p><u>Schreiben vom 26.07.2021</u></p> <p>Zu diesen Planungen bestehen unsererseits keine Anregungen oder Bedenken.</p>	BV: Wird zur Kenntnis genommen
1.17	<p>Naturpark „Obere Donau“ Wolterstraße 16 88631 Beuron</p> <p><u>Schreiben vom 30.08.2021</u></p> <p>vielen Dank für die Übersendung der Unterlagen im Baugenehmigungsverfahren: „Sonderbaugebiet großflächige Freiflächenphotovoltaikanlage im Gewann Zaisenholzäcker“ in Gammertingen Kettenacker. Die Geschäftsstelle hat im parallelen durchgeführten Änderungsverfahren des Flächennutzungsplans im April 2021 bereits ausführlich Stellung genommen und kann sich daher hier kürzer fassen.</p> <p>1. Zuständigkeit: Im Gegensatz zu den Ausführungen auf Seite 13 des Umweltberichts des Büros Menz zu Inneren Erschließungszonen, ist die Naturparkgeschäftsstelle in Übereinstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Sigmaringen der Auffassung, dass der einfache Beschluss einer Kommune nach § 33 BauGB zur Aufstellung eines Bebauungsplans diese Fläche nicht automatisch zu einer Inneren Erschließungszone nach der Naturparkverordnung macht, insbesondere dann nicht, wenn die Naturpark-Geschäftsstelle bisher im Bebauungsplanverfahren noch gar nicht als TÖB angehört wurde. Diese Beteiligung erfolgte unseres Wissens bisher nur im Änderungsverfahren zum FNP des GVV Laucherttal (siehe oben). Dieser Fall gilt nur dann, wenn die Aufstellung des Bebauungsplans in Übereinstimmung mit den Festsetzungen des rechtskräftigen Flächennutzungsplans, die jeweilige Fläche betreffenden, erfolgt, da</p>	Die Formulierung, dass durch den Aufstellungsbeschluss eines Bebauungsplanes diese Fläche automatisch zu einer Inneren Erschließungszone nach der Naturparkverordnung macht wird im Umweltbericht korrigiert.

[illegible]

	Stellungnahmen zur frühzeitigen Beteiligung	Behandlung der Stellungnahmen
	<p>bei ca. 50cm tief in den Boden reichender und fest verankerter Umzäunung vermeiden). Völlig unklar ist ferner wie Baumarder und Steinmarder, aber auch in Zukunft verstärkt Waschbären an einem Überklettern oder Durchschlüpfen gehindert werden sollen. Daher sollte die Bodenfreiheit gleich so gewählt werden, dass Tiere bis zur Dachgröße die Fläche jederzeit betreten können. Dies beugt unter Umständen auch unerwünschten Massenvermehrungen von Feld- und Wühlmäusen vor und schafft langfristige ähnliche Verhältnisse innerhalb und außerhalb Zaun und damit auch weniger Ausgleichsbedarf, da der Eingriff durch den Zaunbau geringer wird.</p> <p><u>Prüfung des Entwurfs des Bebauungsplanes:</u> Grundsätzlich kann von Seiten des Naturparks Obere Donau, wie bereits in der Stellungnahme zur notwendigen Änderung des Flächennutzungsplans dargestellt, die Anlage der Freiflächensolaranlage an dieser Stelle mitgetragen werden, sofern ein möglichst umfassender und ortsgerechter Ausgleich erfolgt. Die im Umweltbericht vorgeschlagenen Maßnahmen wurden geprüft und erscheinen zielführend. So wird aus Erholungssicht und aus Naturparksicht die geplante Anlage der mageren Säume ausdrücklich begrüßt, wobei aufgrund der ackerbaulichen Vornutzung und intensiven Düngung von einem langen Aushagerungszeitraum auszugehen ist und eventuell in den ersten Jahren häufigere Mähtermine nötig sein könnten. Unbedingt vermieden werden sollte, dass sich nitrophile Säume mit einem hohen Anteil an „Allerwelts-Arten“ wie Brenneseln, Himbeere, Zwergholunder etc. ausbilden. Ebenfalls positiv zur Kenntnis genommen wird, dass der landwirtschaftliche Weg in der Mitte der Fläche von der Umzäunung ausgespart werden soll und somit sowohl Erholungssuchenden als auch Wildtieren an dieser Stelle ein Durchqueren der Fläche möglich ist. Nachdem die Umzäunung einen sehr massiven Eingriff in die freie Landschaft und in das Landschaftsbild darstellt und ein dauerhaftes Wilddichthalten (z. B. Marderartige) allenfalls in der Theorie funktioniert, erscheint es durchaus möglich, zumindest stellenweise die Umzäunung mit rankenden Pflanzen wie z. B. Efeu oder Geißblatt einzugrün, dies funktioniert bei anderen Solaranlagen recht gut und sollte auch hier als Minimierungsmaßnahme des Eingriffs angewandt werden, z. B. auch entlang der beidseitigen Zäune am landwirtschaftlichen Weg in der Mitte, dies würde hier vermutlich auch für diesen Weg nutzende größere Tiere (z. B. Rehe) die Hemmschwelle zu einer Nutzung herabsetzen (größere Naturnähe und etwas mehr Deckung sowie Äsung). Überlegenswert wäre ferner als sehr kleine und günstige Maßnahme, ob nicht an einzelnen Stellen abseits von angrenzenden Waldrändern, Ansitzwarten aus Holz für Greifvögel, Eulen etc. aufgestellt werden könnten, dadurch könnte verhindert werden, dass diese direkt auf die Modultische oder deren Befestigung sitzen und diese dann auch weniger durch</p>	<p>Im Bebauungsplan wird durch die Maßnahme 1 eine kleintierdurchlässige Gestaltung der Einfriedungen mit einer Bodenfreiheit von mind. 20 cm festgesetzt.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Im Bereich der am westlichen Rand der PV-Anlage geplanten Zaunanlagen wird aufgrund der erhöhten Kulissenwirkung für die Feldlerche und die Wachtel auf die Eingrünung mit rankenden Pflanzen verzichtet. Im Bereich der übrigen Einfriedungen wird eine entsprechende Eingrünung mit rankenden Pflanzen vorgesehen.</p>

	Stellungnahmen zur frühzeitigen Beteiligung	Behandlung der Stellungnahmen
	<p>Vogelkot verschmutzt werden. Ebenfalls könnte so dem Aufbau einer unerwünschten Mäuseüberpopulation begegnet werden. Bei der Aufstellung ist hier aber auf eventuelle Konflikte mit angrenzenden Feldlerchenbrutplätzen im Vorfeld zu achten.</p> <p>Eine weitere Beteiligung der NP-Geschäftsstelle ist nach Abwägung dieser Anmerkungen zum Bebauungsplan dann nicht mehr nötig. Diese Stellungnahme wurde von uns auch an die UNB Sigmaringen wunschgemäß verschickt.</p>	<p>Aufgrund der Nachweise von Feldlerchen und Wachteln im Bereich und im Umfeld des Vorhabens wird auf die Aufstellung von Ansitzwarten für Greifvögel verzichtet.</p> <p>Eine weitere Beteiligung am Verfahren findet nicht statt.</p> <p>BV: Wird teilweise berücksichtigt</p>
1.18	<p>BLS-Breitbandversorgungsgesellschaft im Landkreis Sigmaringen mbH & Co. KG Fürst-Wilhelm-Straße 15 72488 Sigmaringen</p> <p><u>Kein Rücklauf</u></p>	
1.19	<p>Scher-Lauchert Abwasserverband Hubert Schiele Hindenburgplatz 7 72475 Bitz</p> <p><u>Schreiben vom 02.08.2021</u></p> <p>wir wurden nach § 4 (1) BauGB am Bauleitplanverfahren beteiligt.</p> <p>Eine weitere Beteiligung als Träger öffentlicher Belange ist nicht erforderlich.</p>	<p>Eine weitere Beteiligung am Verfahren findet nicht statt.</p> <p>BV: Wird berücksichtigt</p>
1.20	<p>Landesdenkmalamt Baden-Württemberg Berliner Straße 12 73728 Esslingen a. Neckar</p> <p><u>Schreiben vom 12.08.2021</u></p> <p>1. Bau- und Kunstdenkmalpflege: In Bezug auf das o. g. Verfahren äußert die Bau- und Kunstdenkmalpflege keine Anregungen oder Bedenken.</p>	<p>BV: Wird zur Kenntnis genommen</p>
1.20.1	<p>2. Archäologische Denkmalpflege: In der Sonderbaufläche der geplanten Photovoltaikanlage sind auf Luftbildern diverse rundliche Bewuchsanomalien zu erkennen. In zwei Fällen dürfte es sich sicher um Grabhügel bei weiteren im Süden laut aktuellen Luftbildanalysen wohl ebenfalls um Grabhügeln handeln. Vermutlich gehören diese zu einem westlich anschließenden ausgedehnten Grabhügelfeld mit ca. 20 Hügeln. Es handelt sich um Kulturdenkmale gem. § 2 DSchG, im Süden im Bereich der vermuteten Hügel schließt ein Prüffallgebiet an. An der Erhaltung archäologischer Kulturdenkmale besteht grundsätzlich ein öffentliches Interesse; eine undokumentierte Zerstörung ist gem. § 8 DSchG unzulässig.</p> <p>Das Landesamt für Denkmalpflege äußert erhebliche Bedenken gegen eine Überplanung dieses Bereiches.</p> <p>Sollte dennoch an den Planungen festgehalten werden, müssen vor Beginn der Erdarbeiten (auch Verkabelung) flächige Sondagen durchgeführt werden, um zu klären, ob und in welchem Umfang Ausgrabungen stattfinden müssen, um wenigstens den dokumentarischen Wert des Kulturdenkmals zu erhalten. Wir weisen darauf hin, dass die Kosten für</p>	<p>Folgender Hinweis wird in den Schriftlichen Teil unter 2.7 Archäologische Denkmalpflege aufgenommen:</p> <p>Am 17.09.2021 wurde dem Vorhabensträger per Email folgende Email vom Landesdenkmal zugesandt:</p> <p><i>Die Sondagen konnten noch am Donnerstag, den 16.09. abgeschlossen werden. Archäologische Befunde kamen dabei nicht zu Tage. Die in</i></p>

	Stellungnahmen zur frühzeitigen Beteiligung	Behandlung der Stellungnahmen
	Sondagen und Rettungsgrabungen vom Vorhabenträger zu übernehmen sind. Den oben genannten im Zuge der 5. Änderung des 3. Gesamtfortschreibung des Flächennutzungsplanes geäußerten Hinweise wurde bereits entsprochen. In Absprache mit der SolNet GmbH, Herr Pfisterer sind Sondagen für Mitte September geplant, um die Verhältnisse vor Ort zu überprüfen.	<i>unserer Stellungnahme geäußerten Bedenken sind somit ausgeräumt. Dem Bau einer Photovoltaikanlage steht von Seiten des Landesamtes für Denkmalpflege nichts mehr im Wege.</i> BV: Führt zu keiner Änderung des Entwurfes
1.21	Deutsche Flugsicherung Unternehmenszentrale TWR/BL Am DFS-Campus 10 63225 Langen <u>Kein Rücklauf</u>	
1.22	Landesnaturausschussverband, LNV-Arbeitskreis Sigmaringen Fr. Helga Hartmann Breite 15 72488 Sigmaringen-Oberschmeien <u>Kein Rücklauf</u>	
1.23	Bauernverband Biberach-Sigmaringen e.V. Amriswilstraße 60-62 88400 Biberach <u>Kein Rücklauf</u>	

II.	Beteiligung der Öffentlichkeit	Frist vom 30.07.2021 – 30.08.2021
------------	---------------------------------------	--

2.1	<p>Einwender 1</p> <p><u>Schreiben vom 16.08.2021</u></p> <p>Ich bin Eigentümer und Bewirtschafter der angrenzenden Grundstücke ■■■ und ■■■. Durch den Bau der Freiflächenphotovoltaikanlage und der damit verbundenen Umzäunung der Anlage befürchte ich einen verstärkten Wildwechsel auf meinen Flächen. Es ist davon auszugehen, dass das Wild meine Flächen verstärkt zur Querung zwischen den beiden Waldstücken nutzen wird. Dadurch befürchte ich zum einen eine Beeinträchtigung bei der Bewirtschaftung meiner Flächen und zum anderen, dass durch Wildschäden Ertragsverluste für mich entstehen. Ich bitte Sie geeignete Maßnahmen zu ergreifen, dies zu verhindern. Die Umzäunung der Photovoltaikanlage (Grenzabstände etc.) ist so zu gestalten, dass diese eine Bewirtschaftung meiner Grundstücke nicht beeinträchtigt.</p>	<p>Zwischen den beiden Flächen wird der bestehende landwirtschaftliche Weg offen gelassen. Der Naturpark Obere Donau schreibt in seiner Stellungnahme vom 30.08.2021 (Siehe 1.17) „Ebenfalls positiv zur Kenntnis genommen wird, dass der landwirtschaftliche Weg in der Mitte der Fläche von der Umzäunung ausgespart werden soll und somit sowohl Erholungssuchenden als auch Wildtieren an dieser Stelle ein Durchqueren der Fläche möglich ist.“ Weitere Abhilfe kann im Rahmen des Bebauungsplanes nicht geleistet werden.</p> <p>Der Abstand zwischen dem Zaun und der Grundstücksgrenze beträgt 3 m. Damit wird der rechtlich durch das Nachbarrechtsgesetz Baden-Württemberg geforderte Mindestabstand mehr als eingehalten. Mit einer Beeinträchtigung ist nicht zu rechnen.</p> <p>BV: Führt zu keiner Änderung des Entwurfes</p>
	<p>Reutlingen, den</p> <p>Clemens Künster Dipl.-Ing. Regierungsbaumeister Freier Architekt + Stadtplaner SRL</p>	<p>Gammertingen, den</p> <p>Holger Jerg Bürgermeister</p>